



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund



Die Zukunft der Verkehrsinfrastruktur- finanzierung – Herausforderungen für Bund, Länder und Gemeinden

Erste Bewertung der Vorschläge aus kommunaler Sicht

46. Kreisvorstandskonferenz
des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt
am 22. April 2013 in Lutherstadt Wittenberg

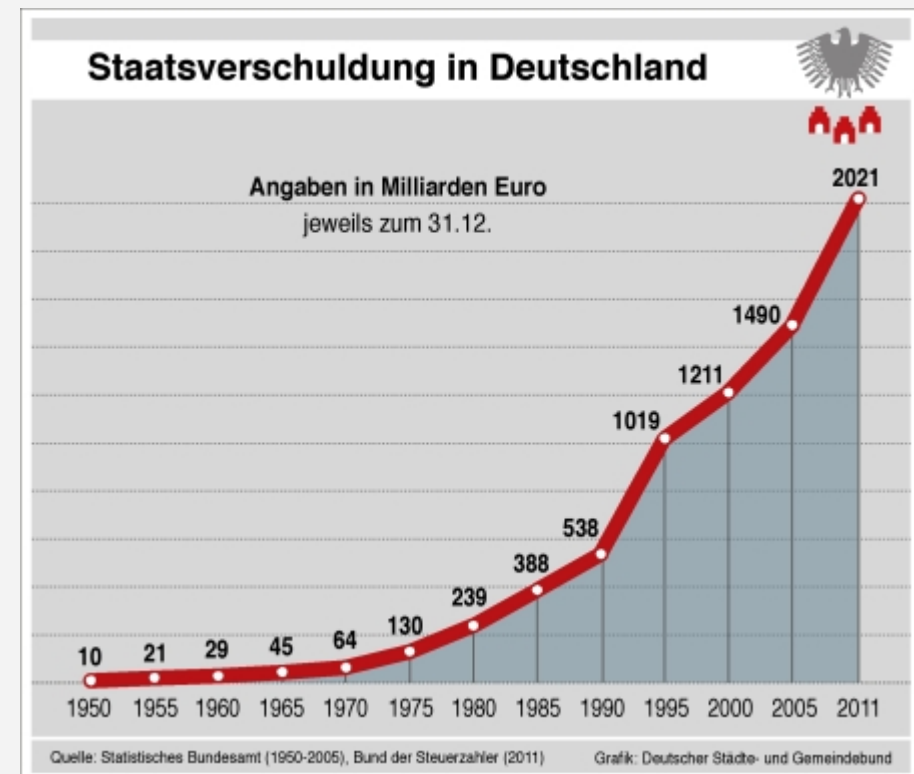


DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Öffentliche Verschuldung

- über zwei Billionen Euro öffentliche Schulden
- 25.000 Euro/Kopf
- täglich müssen ca. 210 Mio. Euro an Zinsen aufgebracht werden
- schon ein um einen Prozentpunkt steigender Kapitalmarktzins kann die öffentlichen Haushalte mit 20 Mrd. Euro zusätzlich belasten



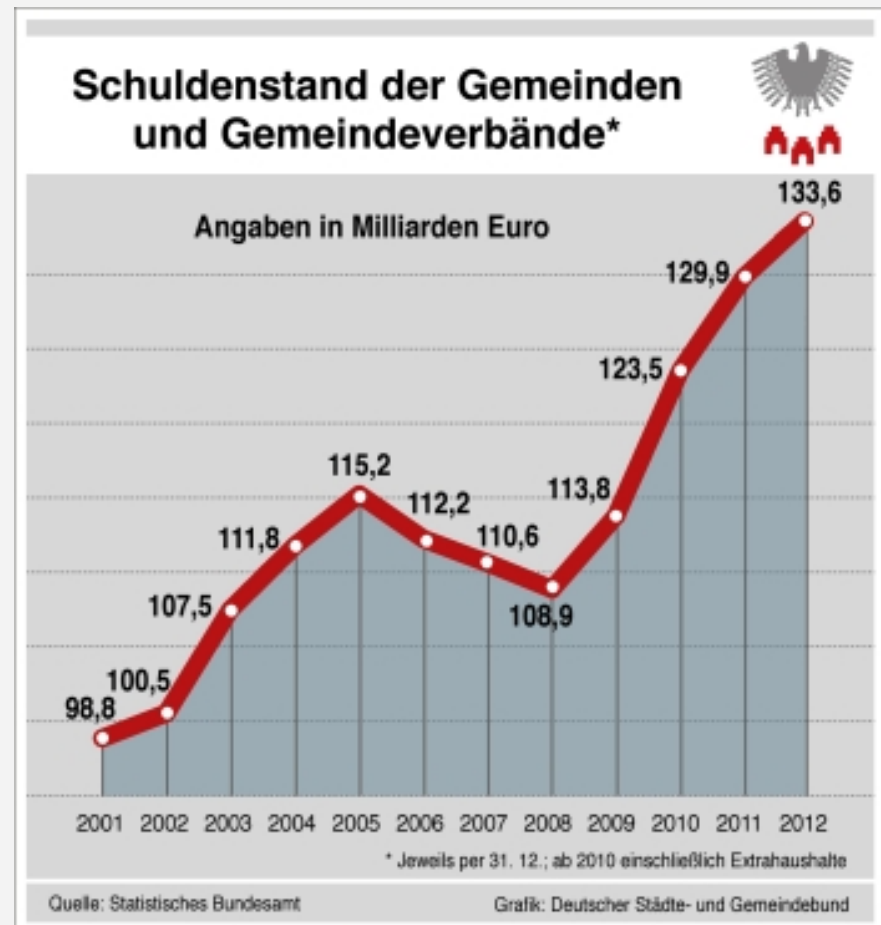


DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Kommunale Verschuldung

- in den konjunkturrell guten Jahren ab 2006 konnte die Verschuldung zurückgeführt werden
- nach Ausbruch der Krise Ende 2008 sind die Schulden rasant angestiegen
- auch im 2. Quartal 2012 stieg die Verschuldung weiter auf 133 Mrd. Eur



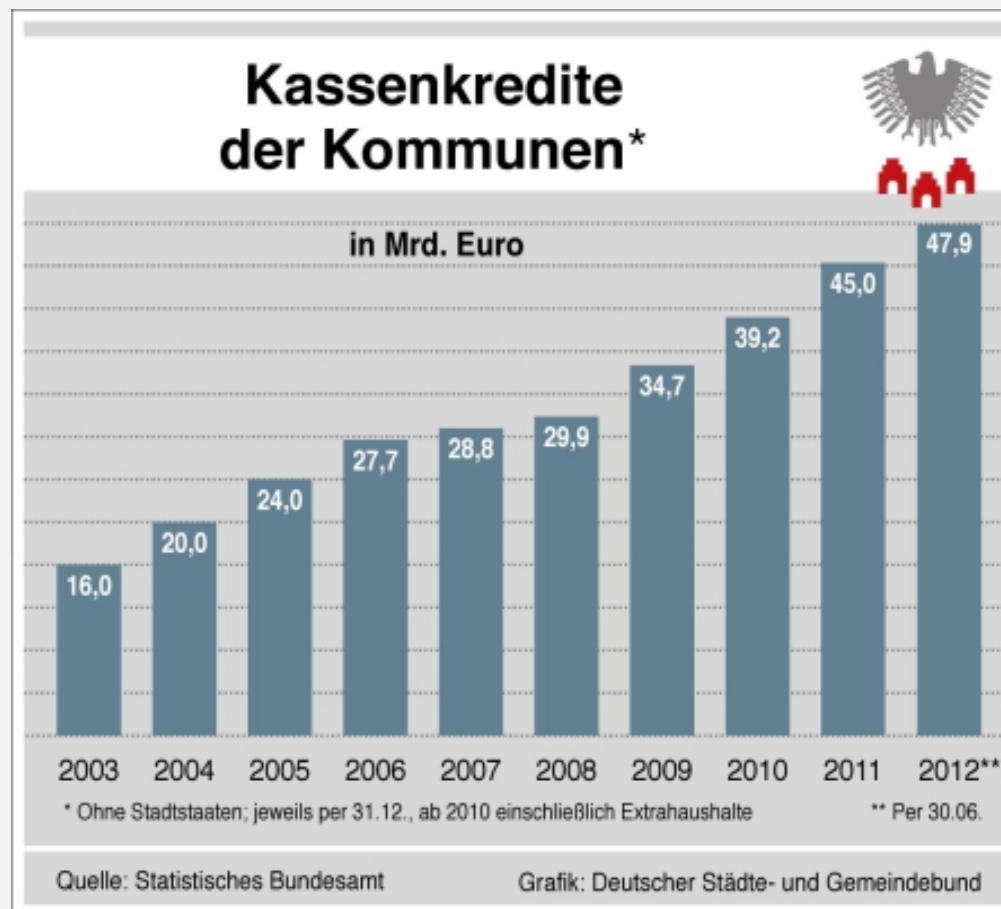


DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Kommunale Kassenkredite

- der Anteil der Kassenkredite an der Gesamtverschuldung der Kommunen lag Ende 2011 bei über 30 %
- Signifikanter Anstieg der Kassenkredite zu Niedrigzinsen:
Stichworte Zinsrisiko und Zinsderivate





DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

EU-Fiskalpakt

1. EU-Schuldenbremse: 0,5 % des Konjunktur bereinigten BIP als maximale Defizitgrenze aller öffentlichen Kassen eines Mitgliedsstaats. Verknappte Landeszuweisungen?
2. Forderungen: Wahrung Haushaltsautonomie der Länder und der Kommunen, Abbaupfade, Konsultationsverfahren (Vorbild Österreich), Konnexität - auch bei Umsetzung von EU-Recht
3. Geldstrafe bei Verstoß gegen Schuldenbremse. Diese trägt bis 2019 gegenüber der EU alleine der Bund!



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

EU-Fiskalpakt

4. Schaffung gemeinsamer Bund-Länder-Bonds. Diskussion: Einbeziehen auch der Kommunen?
5. 580,5 Mio. Euro zusätzliche Bundesmittel für U 3-Kitaplätze plus 75 Mio. Euro/a Betriebsmittel
6. Anhebung der sog. Entflechtungsmittel in der Nachfolge der GVFG-Mittel?
7. Schaffung eines Bundesleistungsgesetzes für die Eingliederungshilfen mit Kostenübernahme Bund. Vorziehen der Bundesübernahme Grundsicherungskosten



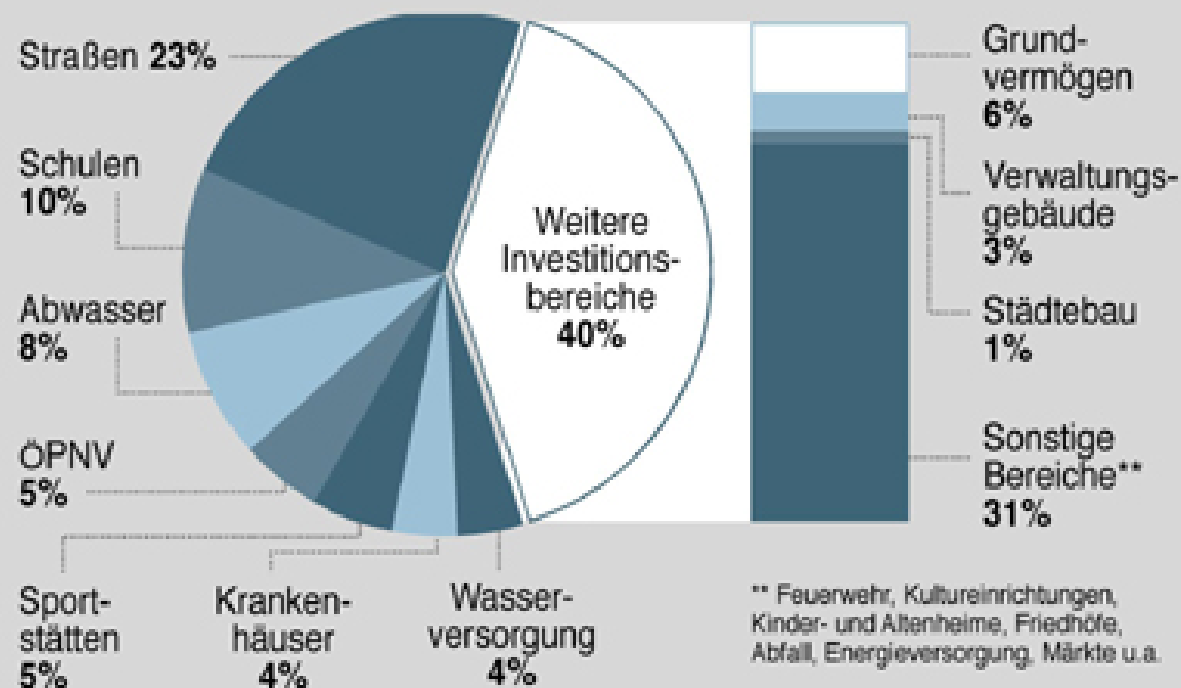
DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Kommunaler Investitionsbedarf 2006 bis 2020*



Investitionsbedarf insgesamt: 704,1 Mrd. Euro



** Feuerwehr, Kultureinrichtungen, Kinder- und Altenheime, Friedhöfe, Abfall, Energieversorgung, Märkte u.a.

* Schätzung für kommunale Kernhaushalte („Kämmereihaushalte“) und kommunale Einrichtungen/ Zweckverbände, einschließlich kommunale Aufgaben der Stadtstaaten

Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik

Grafik: Deutscher Städte- und Gemeindebund



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Basel III

- Reaktion auf die internationale Finanz- und Bankenkrise
- Stärkung der Eigenkapitalmittel in den Banken
- Regulierung der regional tätigen Banken/Sparkassen?
- Risikogewichtung kommunaler Kredite? Taras-Bericht im EP: „Kommunales Rating“? Berichtsauftrag an die KOM
- Leverage Ratio bei Kommunalkrediten?
- Kreditversorgung des Mittelstandes und der Kommunen



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Alternative Finanzierungsmodelle?

- Kommunale Finanzagenturen/Gemeinsame Kreditbeschaffungen
- Städtische Anleihen
- Bürgeranleihen
- Zukunft der Öffentlich-Privaten-Partnerschaften? EU-Vergaberechtliche und steuerrechtliche Probleme



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

USt.-Pflicht der interkommunalen Zusammenarbeit

- MWStSystemRL der EU: Öffentliche Hand steuerbefreit, soweit keine erhebliche Beeinträchtigung des Wettbewerbs
- EuGH: „Isle of Wight“, BFH „Turnhallenurteil“ u.a.: Faktische Aufgabe der erheblichen Wettbewerbsbeeinträchtigung
- Plakative Folge: Interkommunale Zusammenarbeit wird 19 % teurer
- Rechtsunsicherheit/Steuervergehen?
- Ggw. kein Termin für Veröffentlichung im Bundesfinanzblatt
- Gggf. Übergangszeitraum von 5 Jahren für Steuererfassungen?
- RL-Vorschlag der EU-Kommission für 2014 erwartet



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Schlagloch von der Website des Deutschen Forschungszentrums für Luft- und Raumfahrt





DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Finanzierungsbedarf

- Kumulierter Nachholbedarf im Bereich der Gemeindestraßen 22 - 23 Mrd. €
(Difu 2011/2012)
- Instandhaltungsbedarf im Verkehrsbereich
7,2 Mrd. € p.a.
(Bericht der „Daehre-Kommission“ 2012)
Davon 2,7 Mrd. € Gemeinde- und Kreisstraßen



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Derzeitige Finanzierung von Straßenverkehrsinvestitionen

- Wegfall der GVFG-Beträge im Zuge der Föderalismusreform
- 1,3 Mrd. € jährliche Finanzhilfen für zweckgebundene Mittel für Investitionen in den kommunalen Straßenbau und den ÖPNV (Entflechtungsmittel)
- Knapp 7 Mrd. € jährlich für die Bereitstellung des SPNV und des ÖPNV auf der Straßen (Regionalisierungsmittel)



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Wie geht es weiter?

- Revision von Entflechtungs- und Regionalisierungsgesetz im Jahr 2014
- Forderung von Ländern und Kommunen: knapp 2 Mrd. € jährlich (Entflechtungsmittel)
- Angebot Bund: 1,3 Mrd. € 2013 und 2014

Offen: Finanzierung 2015 - 2019 und nach 2019



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Anforderungen die künftige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung

Ausgangspunkt:

Präsidiumsbeschluss des DStGB vom Mai 2011

Das Präsidium des DStGB hat beschlossen, „... ein *dauerhaftes und Aufgaben gerechtes Finanzierungsinstrument für kommunale Verkehrsinvestitionen (...) in der Nachfolge für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*“ zu fordern. Zudem hat es gefordert, dass „*die Kosten des Straßenbaus ...stärker Verursacher gerecht finanziert werden (müssen). Daher sollte die LKW-Maut auf alle Straßen ausgedehnt und die Einnahmen daraus auch den kommunalen Straßenbaulastträgern zu Gute kommen.*“



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Anforderungen an ein Modell der kommunalen Verkehrsfinanzierung

Dauerhaft: Überjährigkeit

Aufgabengerecht:

- Mittel müssen ausreichend sein
- Gemeinden dürfen nicht am Ende der Kette stehen
- Mittel müssen bei den kommunalen Straßen ankommen

Verursachergerecht:

- Schädigungspotenzial der LKW muss berücksichtigt werden
- Systemische Betrachtung des Gesamtnetzes



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Zwischenbericht der „Daehre-Kommission“ Herbst 2012

Keine Einbeziehung der sog. gemeindlichen Nebenstraßen in
die Fonds-Finanzierung

Stattdessen u.a.:

- Einführung von City-Maut-Systemen
- Möglichkeiten nach dem Baugesetzbuch und dem Kommunalrecht ausschöpfen
(Stichwort Anliegerbeiträge)



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Bericht der „Daehre-Kommission“ Dezember 2012

Fonds zur Finanzierung der Straßeninfrastruktur

- Langfristig wirkendes Finanzierungselement
- Alle Baulastträger werden einbezogen
- Kommunen müssen Eigenanteil erbringen
- Ausweitung der Nutzerfinanzierung
(LKW, perspektivisch PKW)



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Bewertung des Fondsmodells der Kommission

- Dauerhaftigkeit:
Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen können durch stetigen Mittelfluss gesichert werden
- Verursachergerechtigkeit:
potenzielle Ausweitung der Nutzerfinanzierung nimmt dies auf
- Aufgabengerechtigkeit der Finanzierung offen



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Ausblick

Kurzfristige Ziele:

- Unterstützung der Weiterarbeit der Kommission!
- Straßenverkehrsinfrastrukturfinanzierung muss gesellschaftlich diskutiert werden!
- Koalitionsvereinbarung im Bund als Anknüpfungspunkt!

Langfristig:

- Auf- und ausgabengerechte Finanzierung auch nach 2019!
- Politik muss Gesamtidee zum Netz für die nächsten 20 Jahre entwickeln!



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Dabei Städte und Gemeinden nicht überfordern!





DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Autoren

Uwe Zimmermann
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer
Fon 030 - 773 07 230
Fax 030 - 773 07 222
uwe.zimmermann@dstgb.de

Timm Fuchs
Beigeordneter für Verkehr
Fon 030 - 773 07 206
Fax 030 - 773 07 222
tim.fuchs@dstgb.de

Deutscher Städte- und Gemeindebund
Marienstraße 6
12207 Berlin
www.dstgb.de